

Haushaltsrede 2021 der WBB-Fraktion

Gehalten von Gemeinderat Hans-Martin Flinspach am 26.04.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Auswirkungen der Corona-Pandemie belasten weltweit, europaweit, deutschlandweit und bis zu uns auf kommunaler Ebene die Haushalte und wir Bürger sind in vielfältiger Weise ebenso betroffen. Mit milliardenschweren Programmen versucht die übergeordnete Politik die wirtschaftlichen Auswirkungen abzufedern. So wurden der Gemeinde Hilfen des Bundes und des Landes zuteil, um die Liquidität zu gewährleisten. Wegbrechende Gewerbesteuereinnahmen wurden mit einem Betrag von rund 1 Million Euro teilweise ausgeglichen. Leider kommen diese Hilfen nicht immer zielgenau und schnell an, wie es von den Betroffenen erhofft und erwartet wird. Die erforderliche Finanzierung der Hilfen führt zu gewaltigen Kreditaufnahmen, die auch indirekt unsere Haushalte auf lange Zeit belasten werden. Die Neuverschuldung von rund 140 Milliarden Euro (240 Mrd. € sind für 2021 geplant) im Bundeshaushalt bzw. fast 190 Milliarden Euro bei Bund, Länder und Kommunen allein im letzten Jahr sind für den einzelnen Bürger weit weg, werden jedoch mittelfristig für uns alle spürbar. Eine steigende Steuerbelastung, gekürzte Finanzierungsanteile gegenüber den Ländern und durchgereichte Belastungen sind zu erwarten. Sie werden letztendlich bei den Kommunen ankommen und wie ein schwarzer Peter an die Bürger weitergereicht werden müssen.

Weingarten in Zeiten von Corona

Auf unserer Ebene sind natürlich auch jetzt schon Hilfen für die Bürger notwendig, um Härten auszugleichen. So wurden z.B. Kinderbetreuungsbeiträge, trotz der laufenden Personal- und Bewirtschaftungskosten, für die Eltern reduziert. Für einzelne Monate hat uns das Land 80 % dieser Ausgaben vergütet. Ob dann in einer Ausnahmesituation, in der die Gemeinde selbst auf Hilfen angewiesen ist, mit einem Sonderfonds für Vereine noch ein kommunales Bonbon kreiert werden muss, darf man hinterfragen. Zudem wird vom Land bereits eine Förderung für in Not geratene Vereine angeboten. Wir von der WBB werden das örtliche Vereinsleben sicher nicht im Stich

lassen, aber in einer Ausnahmesituation müssen alle den Gürtel enger schnallen und zunächst von der Substanz leben.

Das dicke Ende wird noch kommen, wenn Steuereinbrüche auf die kommunalen Finanzen durchschlagen.

Erstellung des vorliegenden Planwerks

Unser vorliegender Haushaltsplan wurde von der Verwaltung mit viel Engagement vorbereitet. Es zeigt auch, dass nach vielen Personalwechseln das Rechnungsamt aktuell gut aufgestellt ist. Wir sind froh, dass in dem Bereich eine stärkere Kontinuität einkehrt und damit auch bessere Arbeit geleistet wird.

Die vorgelegten Projektlisten sind realistisch und gut nachvollziehbar, auch wenn man über den einen oder anderen Mittelansatz hinsichtlich der Höhe und der Dringlichkeit unterschiedlicher Meinung sein kann.

Vielleicht hat unsere deutliche Kritik zum letztjährigen Nachtragshaushalt die Verantwortlichen nicht nur verärgert, sondern auch motiviert. Es ist angebracht, die Haushaltsreden nicht als persönliche Angriffe, sondern als konstruktive Kritik zu sehen, die unser Gemeinwesen unterstützen soll.

Verschuldung und notwendige Folgen

Unabhängig von der gut erstellten Haushaltsplanung stellt sich uns die Frage, wie die immense und steigende Verschuldung der Gemeinde um rund 11 Millionen Euro auf knapp 46 Millionen Euro jemals reduziert und abgebaut werden soll. Mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung und angesichts der vielen dringend notwendigen Projekte steckt eine gewisse Zwangsläufigkeit darin. Der Gemeinderat steht in der Verantwortung alle Projekte zu priorisieren und notfalls auch schmerzhaft Grenzen aufzuzeigen. Eine geplante Haushaltsstrukturkommission soll es nun richten. Diese kann jedoch weder Einnahmen mehren, noch Ausgaben reduzieren. Hinsichtlich von bereits langfristig bestehenden Krediten mit hohen Zinssätzen im Kernhaushalt und bei den Eigenbetrieben bitten wir dringend auch im Zuge der Neuaufnahme von Krediten eine Umschuldung zu prüfen. Unter der Berücksichtigung der Laufzeiten könnten sich wirtschaftliche Vorteile ergeben.

Ohne Disziplin und mehr Bescheidenheit an vielen Ecken, sowie bei jedem Beschluss, werden wir keinen Schritt weiterkommen. So manches Standardniveau muss hinterfragt werden, sei es bei unserer Straßenerneuerung mit Granitrandsteinen oder Ausstattungen in den gemeindlichen Einrichtungen. Um es klar herausstellen: das Ziel, solide den aktuellen Standard herzustellen ist selbstverständlich, wir sind uns aber sicher, dass an vielen Stellen mit etwas mehr Engagement und unter Berücksichtigung der Erleichterungen im Ausschreibungswesen günstiger gleichwertig beschafft und umgesetzt werden kann. So manche Wünsche und Forderungen, die an unseren Bürgermeister herangetragen werden, sei es von Gemeinderäten, Bürgern oder Verwaltung müssen unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Anträge sollten grundsätzlich mit einem Finanzierungsvorschlag versehen werden.

In der mittelfristigen Finanzplanung taucht ein gut gefördertes Freibad für 1,7 Millionen Euro auf (900.000 Euro Zuschuss möglich), das jedoch auf Dauer den konsumtiven Teil des Haushalts mit einem großen Betriebskostendefizit belasten wird. Nachdem einen wesentlichen Teil die Personalkosten ausmachen, sind wir auf das angekündigte nahezu kostendeckende Betriebskonzept bei der Haushaltsplanung 2022 gespannt.

Globale Minderausgabe gefordert

Das ordentliche Ergebnis des Haushalts weist ein Defizit von 351.400 Euro auf. Ein großer Teil hätte durch rechtzeitige Gebührenkalkulationen sicher vermieden werden können.

Das Manko des vorliegenden Zahlenwerks liegt in den fehlenden Ergebnissen der Jahresrechnung von 2019 und zumindest den vorläufigen Zahlen von 2020. Rechnungsergebnisse der Vorjahre und der Haushaltszwischenbericht bzw. der Buchungsstand des abgelaufenen Jahres sind wichtige Grundlagen für eine solide Haushaltsplanung. So sind viele Ansätze trotz sorgfältig erhobener Schätzzahlen mit Unschärfen behaftet. Wir fordern daher weiterhin mit aller Anstrengung die Rückstände in der Haushaltsführung abzubauen. Wir möchten das Einsparziel von 2 % über den Gesamthaushalt als globale Minderausgabe beantragen, mit dem das Defizit verhindert wird. Dazu ist es erforderlich, dass die einzelnen Haushaltsansätze geprüft und die Kostenstellen-Verantwortung an diejenigen Mitarbeiter*innen geht, die den Ansatz gemeldet haben. Derzeit sehen wir zu wenig Verantwortung für die angeforderten Budgets in den einzelnen Ämtern und bei den Sachbearbeitern.

Controlling gefordert

Am liebsten sofort, jedoch spätestens in der nächsten Haushaltsplanung ist aus unserer Sicht die Stelle eines Controllers zu berücksichtigen. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen: Die Installation eines qualifizierten Controllings führt zu Einsparungen, die den Aufwand für eine neue Stelle um ein Mehrfaches übersteigt. Dies sollte nicht als Misstrauensvotum gegenüber der Finanzverwaltung gesehen werden.

Wir verweisen auch auf die neu zu schaffenden Stellen des Klimaschutzmanagers und eines Projektmanagers für den Schulhausbau, welche alle das Ziel haben, durch Optimierung und Nutzung aller möglichen Fördertöpfe deutlich mehr einzusparen, als Personalkosten zu verursachen.

Grundsätze und notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation

Zitat aus unserer Haushaltsrede 2016: „Nach § 78 GemO haben Gebühren Vorrang vor Steuern, daher ist bei der Gestaltung eines genehmigungsfähigen Haushalts

hierauf ein besonderer Blick zu legen. Dass zum Beispiel die Walzbachhalle bei 7,3 % Kostendeckung und das Walzbachbad nur bei 6,3 % liegen, ist nicht hinnehmbar.“ Die Gemeinde ist für die möglichst optimale öffentliche Versorgung der Bürger mit Wasser, Abwasserbeseitigung, Kinderbetreuung, Schule, Passwesen, Friedhof und vieles mehr zuständig. Angesichts der Lohn- und Gehaltsentwicklung können die Beiträge für diese öffentlichen Leistungen nicht unverändert bleiben.

Auch, wenn die FDP-Fraktion die Belastung der Familien mit den Wassergebühren moniert und die Verwaltung extra rechnen ließ, muss die Gemeinde die Gebühren aufwands- und generationengerecht kalkulieren und in Rechnung stellen. Die Einnahmensituation muss durch eine angemessene Gebührenhöhe, der der Verwaltungsaufwand der Kommune gegenübersteht, verbessert werden. So liegt der Deckungsgrad bei den Hallengebühren noch immer unter 7,5 %. Zumal die Sätze zuletzt vor 15 Jahren kalkuliert wurden und eigentlich regelmäßig fortgeschrieben werden sollten. Aus unserer Sicht wären 20 % Deckungsbeitrag anzustreben. Die nun endlich erfolgte Neukalkulation der Friedhofsgebühren zeigt beispielhaft und überdeutlich die Versäumnisse über lange Jahre. Die starken Erhöhungen, 11 Jahren nach der letzten Kalkulation, sind für die Bürger natürlich schockierend. Der letztjährig angesetzte Fehlbetrag von 246.000 Euro reduziert sich durch interne Einsparungen und dem nun beschlossenen Deckungsgrad von knapp 70 % um 186.000 Euro. So ist locker ein 7-stelliger Fehlbetrag in den letzten Jahren aufgelaufen.

Wir erwarten von der Verwaltung eine kontinuierliche Gebührenfortschreibung und gegebenenfalls eine Kalkulation als Grundlage für die Entscheidungen im Gemeinderat. An verschiedene Haushaltsreden der letzten Jahre, wie bereits erwähnt, dürfen wir an dieser Stelle erinnern.

Der Gesamtsituation geschuldet wird es in den nächsten Jahren unvermeidlich sein, auch die Steuern anzupassen. Einer moderaten Erhöhung der Gewerbesteuer werden wir nicht entgegenstehen.

Allerdings verfügt Weingarten im Gegensatz zu anderen Gemeinden, über ordentliche Gewerbesteuereinnahmen. Diese zu erhalten und weiter auszubauen, muss unser Ziel sein. Hierfür sehen wir mehrere Handlungsoptionen. Zum einen müssen wir an unsere Bürger appellieren, die lokalen Gewerbebetriebe zu unterstützen. Deren Fortbestand über die Corona-Krise hinaus ist ein wichtiges Ziel. Zum anderen haben wir durch unsere geographische Lage Standortvorteile. Diese müssen wir nutzen und durch eine engagierte Wirtschaftsförderung innovative Unternehmen mit hohem Marktpotential anziehen. Weingarten liegt im Speckgürtel von Karlsruhe und ist hervorragend angebunden, wird aber in der dortigen Wirtschaft als Standort zu wenig wahrgenommen.

Die Themen im Einzelnen:

Natur und Landschaft in Weingarten

Die auf unseren Antrag hin vorgesehene Biotopvernetzungsplanung ist im Haushalt eingeplant. Die Verwaltung klärt stattdessen, auf unsere Anregung hin, inzwischen die Möglichkeit einer Biotopverbundplanung, mit deutlich höheren Fördersätzen ab. Die Verbundelemente aus dieser Planung stehen dann der Gemeinde als Ausgleichs- oder Ökokontomaßnahmen zur Verfügung. Dadurch kann auch vermieden werden, dass der Ausgleich für Eingriffe im geplanten Gewerbegebiet Sandfeld Weingarten z.B. mit teuer eingekauften Ökopunkten aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis geplant werden soll. Wir haben angeregt, zu prüfen, welche fachlichen und wirtschaftlichen Vorteile dieses neue Planungselement der Gemeinde bieten kann.

Sozialer und sozial geförderter Wohnungsbau

Auf unseren Antrag hin hat sich die Verwaltung mit Vorgaben zum sozialen Wohnungsbau befasst und anhand von Beispielen anderer Kommunen umfassende Baulandpolitische Grundsätze entwickelt. So sollen bei größeren Bauprojekten 25 % sozialer Mitwohnungsbau und 25 % gefördertes Wohneigentum umgesetzt werden, ein wichtiger Schritt, um bezahlbaren Wohnraum in unserer Gemeinde zu schaffen. Es liegt nun am Gemeinderat, auf die konsequente Umsetzung dieser Vorgaben zu achten.

Wohnbauprojekte und Bebauungspläne

Mit der Vergabe des Bauprojektes "Ulmenplatz" nach einem intensiven Dialogverfahren erwarten wir dort von der Strenger-Gruppe eine hochwertige Bebauung mit Reihenhäusern und zwei Mehrfamilienhäusern, welche die baulandpolitischen Grundsätze der Gemeinde vollständig berücksichtigen. Eine große Tiefgarage soll das Wohngebiet frei von parkenden Autos halten. Eine gute Grüngestaltung soll für eine hohe Aufenthaltsqualität sorgen. Mit dem KFW 55 Standard wird auch dem Klimaschutz Rechnung getragen. Die Baulandentwicklung innerhalb des Ortsetters, unter Schonung des Außenbereichs, geht mit den beiden Projekten auf dem ehemaligen Schlimm- und dem Sebold-Areal weiter. Mit diesen anspruchsvollen Bauvorhaben sind auch stärker die Belange der angrenzenden Bestandsbebauung und ihrer Bewohner zu berücksichtigen. Hier sehen wir an einigen Stellen im Rahmen der Offenlage noch weiteren Abstimmungsbedarf.

Bevor weitere anstehende Großprojekte auf dem TSV-Gelände und im Areal der früheren Treppenfabrik Trautwein vorangetrieben werden, müssen aus unserer Sicht Bebauungspläne, wie in der Gartenstraße, endlich vorangehen. Die Bauwilligen warten schon nahezu ein Jahrzehnt darauf.

Die Erschließung gerade beim Trautwein-Gelände muss intensiv geprüft und beraten werden. Dabei ist der Grünzug in den Breitwiesen mit seiner Naherholungs- und Klimafunktion ein nicht verhandelbares Gut.

Mobilitätskonzept für Weingarten

Wir sind alle froh, wenn das dreijährige Projekt in der Jöhlinger Straße endlich fertig wird. Die Installation von 3 Blitzern wurde beschlossen. Wir stehen grundsätzlich zum Aufbau der Blitzer, sehen allerdings ein Ungleichgewicht im Verhältnis zu anderen ebenfalls belasteten Straßen. Die eigentlich günstige Klimabilanz durch Tempo 30 wird durch den Stopp-and-Go Verkehr an den Stellplätzen auf der Straße wieder verschlechtert.

Interessant und für die Anwohner wenig erfreulich ist die sofortige Nutzung der neuen Straße als Umleitungsstrecke für die B 10/B 293. Da hört man von den lautstarken Kritikern zu unserer Baumaßnahme aus Pfinztal nichts mehr.

Neben der Verbesserung für Fußgänger und Radfahrer innerorts, die wir mit der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes erwarten, sollen in den nächsten Jahren die Radwegeverbindungen zu allen Nachbarkommunen verbessert werden. Marode Radwege wie zum Beispiel nach Grötzingen und in der Kirschbaumallee sind wenig einladend. Im Gemeinderat wurde auf unsere Anregung hin vom Radverkehrsmanager des Landkreises die Situation beleuchtet und gleichzeitig die guten Fördermöglichkeiten vorgestellt. Mit Nachdruck erwarten wir den Einstieg und die Umsetzung eines Radwegekonzeptes. Die erste Maßnahme ist im Haushalt eingeplant.

Unsere Ziele für das Mobilitätskonzept sind:

- Eine flächendeckende Parkraummarkierung, sofern nicht bereits baulich umgesetzt (Klare Regeln nach StVO, keine Diskussionen mehr mit dem Vollzugsdienst, Gewährleistung der Mindestfahrbahnbreite für Einsatzfahrzeuge und Müllabfuhr)
- Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung, abhängig von den Ergebnissen und Empfehlungen der einzelnen Quartiersuntersuchungen
- Gebühreneinnahmen sollen zweckgebunden in die Gestaltung des öffentlichen Raumes und die Schaffung zusätzlicher Quartiersparkplätze außerhalb des Straßenraums fließen
- Priorisierung einer barrierefreien Gehwegbreite in schmalen Straßen, ggfls. lieber ein richtiger, statt zwei zu schmale Gehwege
- Vorfahrt für Radfahrer an zentralen Achsen, Prüfung einer Fahrradstraße in der Bahnhofstraße
- Ausbau von Radständeranlagen auch für Lastenräder und Fahrräder mit Anhänger
- Einschleifung des Radwegs von der Waldbrücke in die Bahnhofstraße

Erneuerbare Energien und Klimaschutz

Die Einsparung beim Energieverbrauch ist die erste und wichtigste Maßnahme für Alle. Die Gemeinde muss mit gutem Beispiel vorangehen.

Unser Bestreben ist es, mit rentablen Investitionen den Energieverbrauch und gleichzeitig die Belastung durch Betriebskosten zu reduzieren. Ein Beispiel war die, auf unseren WBB-Antrag von 2009 erfolgte Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Mit einem einmaligen Aufwand, der sich in wenigen Jahren durch die Einsparungen amortisiert, werden nachhaltig die Betriebskosten gesenkt. Das ist eine echte Klimaschutzmaßnahme. Die Verbrauchsstellen im Großen und Kleinen sollten hinsichtlich der Effizienz geprüft und ggfls. ausgetauscht werden.

Quellen für erneuerbare Energien

Vielleicht kann eine Photovoltaikanlage auf einem Teil des Baggersees ein ebenso erfolgreiches Projekt werden. Eine Entscheidung über das Für und Wider zu einer solchen Anlage kann allerdings erst nach Kenntnis und Abwägung aller Fakten erfolgen. Dabei ist für uns die ökologische Verträglichkeit vorrangig vor den wirtschaftlichen Erwägungen. Dies ist auch unsere Einstellung zu den projektierten Windenergieanlagen. Die auf Kosten des Projektierers zu erstellenden Gutachten müssen sowohl die landschaftliche Situation als auch die vorhandene Tierwelt und deren Lebensräume konkret erfassen. Die auf dieser Basis zu prognostizierenden Auswirkungen ermöglichen dann die Verträglichkeit oder Unverträglichkeit des Projektes zu beurteilen. Die laufenden Windmessungen geben lediglich dem Projektierer Aufschluss über die konkrete Windhöffigkeit. Falls sich aus den oben genannten Gutachten tageszeitliche oder jahreszeitliche Abschaltvorgaben ergeben, haben diese zusätzlich Einfluss auf einen möglichen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen.

Abschließend haben die Grundeigentümer ein entscheidendes Wort bei der Flächenverfügbarkeit mitzureden.

Weitere Belastungen im Bereich der Eigenbetriebe

Mit großen Straßenbaumaßnahmen geht immer auch der Austausch bzw. die Sanierung des Wasser- und Abwassersystems einher. Sinnvollerweise wird der Breitbandausbau damit verbunden.

Die Kläranlage unseres Abwasserzweckverbands mit Walzbachtal hat die Kapazitätsgrenze erreicht und zum Teil bereits überschritten, so dass dringend in die Planung einer zukunftsfähigen Erweiterung eingestiegen werden muss.

Solche Ausbau- und Erneuerungsprojekte werden durch Kreditaufnahmen finanziert und über einen Zeitraum von 50 Jahren abgeschrieben. Leider steht die Gemeinde gerade in diesen Bereichen der Daseinsvorsorge unter einem besonderen rechtlichen Zwang. Ein Verschieben oder Hinauszögern ist hier nicht möglich. Die Gebühren werden dadurch in den nächsten Jahren zwangsläufig weiter steigen. Anzumerken ist,

dass bei der Erfassung der Versiegelungsflächen für die Kalkulation der Abwassergebühren von einer regelmäßigen Fortschreibung im fünfjährigen Rhythmus die Rede war. Angesichts der regen Bautätigkeit und von nachträglichen Versiegelungen (z.B. Stellplätze in Vorgärten) dürfte das überfällig sein.

Zustimmung zum Haushalt

Die WBB Fraktion stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für den Kernhaushalt, sowie den Plänen für die Eigenbetriebe zu. Wir bitten eindringlich unsere vielfältigen Anregungen und die auch sicher von anderen Fraktionen noch kommenden Stellungnahmen ernst zu nehmen.

Herzlichen Dank

Zum Schluss möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung, dem Bauhof, dem Hausmeisterteam, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Eigenbetriebe, der Schule, dem Hort, der Kinderbetreuungseinrichtungen, der Bäder sowie allen in der Gemeinde tätigen Ehrenamtlichen für Ihr Wirken und Engagement danken.

Sie sind die Eckpfeiler und Garanten für ein funktionierendes Gemeinwesen in unserem schönen Weingarten!